Stadtwerke Lübeck

Umfrage zu Investitionen in Energiewende

[17.12.2025] Die Bereitschaft zu staatlichen Investitionen in die Klimaneutralität ist in Deutschland tief gespalten. Eine repräsentative Umfrage zeigt zugleich, dass viele Bürgerinnen und Bürger klare Prioritäten bei Infrastrukturprojekten erwarten und kommunalen Unternehmen dabei eine zentrale Rolle zuschreiben.

Die Frage nach Umfang und Richtung staatlicher Investitionen in die Energiewende polarisiert die deutsche Gesellschaft deutlich. Wie die Stadtwerke Lübeck Gruppe unter Berufung auf eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey berichten, fordert gut ein Drittel der Bevölkerung mehr staatliche Mittel für das Ziel der Klimaneutralität, während nahezu ebenso viele Befragte geringere Ausgaben befürworten. Konkret sprechen sich 36,2 Prozent für höhere Investitionen aus, 35,1 Prozent für niedrigere, und lediglich 22,5 Prozent halten das derzeitige Niveau für ausreichend.

Regionale Unterschiede

Die Ergebnisse zeigen ausgeprägte regionale Unterschiede. In Schleswig-Holstein überwiegt der Wunsch nach stärkerem staatlichem Engagement, während in ostdeutschen Bundesländern die Skepsis gegenüber zusätzlichen Investitionen besonders hoch ist. Der Energiewende komme damit nicht nur eine technische, sondern auch eine gesellschaftliche und kommunikative Dimension zu, heißt es aus dem Umfeld der Auftraggeber der Studie.

Nach Darstellung der Stadtwerke Lübeck Gruppe sehen sich vor allem Städte und kommunale Unternehmen mit der Aufgabe konfrontiert, mehrere Transformationsprozesse gleichzeitig umzusetzen. Der Vorstandsvorsitzende Jens Meier verweist darauf, dass der Erfolg von Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende wesentlich davon abhänge, ob Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen und ob die Ziele nachvollziehbar vermittelt würden.

Auch zwischen kommunalen und privatwirtschaftlichen Entscheiderinnen und Entschiedern zeigen sich Differenzen. Der Umfrage zufolge plädieren 42,1 Prozent der kommunalen Akteurinnen und Akteure für höhere staatliche Investitionen in die Klimaneutralität, während 40 Prozent der privatwirtschaftlichen Entscheiderinnen und Entscheider geringere Ausgaben bevorzugen. Kommunale Unternehmen treiben laut Meier bereits Projekte zur Dekarbonisierung der Fernwärme und zum Ausbau der Elektromobilität voran und seien dabei auf staatliche Förderung angewiesen, um die Klimaziele zu erreichen.

Verkehrsinfrastruktur hat Priorität

Ein weiterer Schwerpunkt der Befragung lag auf der Frage, in welche Bereiche investiert werden soll. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden nennt die Verkehrsinfrastruktur als wichtigste Zielgröße, gefolgt von Strom-, Wasser- und Fernwärmenetzen. Diese Präferenzen erhalten vor dem Hintergrund der Kürzungen im Klima- und Transformationsfonds zusätzliches Gewicht. In Schleswig-Holstein rangieren Nahverkehr und Energieversorgung ebenfalls an der Spitze der Prioritätenliste, während kommunale Entscheidungsträger:innen neben dem Verkehr vor allem Versorgungsinfrastruktur sowie Forschung und Entwicklung hervorheben.

Regional variieren die Bewertungen: In westdeutschen Bundesländern werden Investitionen in Energie- und Wassernetze etwas höher priorisiert als im Osten. Insgesamt unterstreichen die Ergebnisse nach Einschätzung der Stadtwerke Lübeck Gruppe die Bedeutung kommunaler Unternehmen als Umsetzungspartner und Vermittler zwischen politischen Vorgaben und gesellschaftlichen Erwartungen. Kommunale Expertise müsse daher stärker in politische Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden, um Akzeptanz zu sichern und die Energiewende voranzubringen.

(th)

Stichwörter: Politik, Stadtwerke Lübeck, Umfrage